

Allgemeiner Studierenden-Ausschuss der Universität mit Gesamthochschultradition Siegen

AStA der Universität Siegen

Koordination
Hölderlinstraße 35
57076 Siegen

Tel: 0271/740-4600

Fax: 0271/740-4640

E-Mail: asta@uni-siegen.de

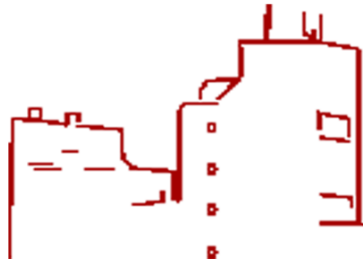
<http://www.asta.uni-siegen.de>

Eine Uni auf Augenhöhe braucht keine Anwesenheitspflicht!

Ein Hochschulstudium bedeutete früher sich Wissenschaft eigenverantwortlich anzueignen. Die Bologna-Reform und die Einführung der stark reglementierten Bachelor-Studiengänge änderten diese Sichtweise, und dass obwohl Angebote wie das E-learning auch ein Studieren außerhalb von überfüllten Hörsälen ermöglicht. Bedingt dadurch, dass es immer noch kein elternunabhängiges BAföG gibt und das BAföG für viele Studierende auch nicht zum Leben reicht, müssen viele Studierende einen Nebenjob annehmen. Zunächst wurde die Anwesenheitspflicht nach Studierendenprotesten per Hochschulzukunftsgesetz zum Wintersemester 2014/2015 untersagt. Denn durch das neue Hochschulzukunftsgesetz soll „die Eigenverantwortlichkeit der Studierenden gestärkt und der Umstand unterstrichen werden, dass hochschulische Lehre in einer Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden stattfindet“ (Begründung zu §64 Absatz 2a des Hochschulgesetzes, Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes NRW (http://www.wissenschaft.nrw.de/fileadmin/Medien/Dokumente/Hochschule/Gesetze/HZG_mit_Begr%C3%BCndung.pdf)).

Nun kündigt NRW-Wissenschaftsministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen an, dass unter Rot-Grün eingeführte Verbot der Anwesenheitspflicht (davon bisher ausgenommen Übungen und Blockseminare) wieder abzuschaffen. Sie argumentiert, dass Universitäten auch ohne eine solche „Bevormundung“ verantwortlich mit ihrer Freiheit umgehen könnten. Wir fürchten, dass aus der Aufhebung allerdings viel weniger Freiheit als erneut viel mehr Anwesenheitspflicht resultiert.

Wir als AStA setzen uns für ein gerechtes Studium für alle ein. Wir halten es für falsch, dass uns Studierenden nicht das nötige Vertrauen entgegengebracht wird, sondern die Rückkehr zu einer juristisch abgesicherten Anwesenheitspflicht gefordert wird. Wir fordern keine zusätzlichen Einschränkungen und Belastungen von Studierenden mit Kind, chronischen Erkrankungen oder Nebenjob. Die Bologna-Reform erschwert Studierenden das Arbeiten neben dem Studium. Anwesenheitspflicht würde es den Studierenden noch unmöglicher machen, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Wir fordern die neue schwarz-gelbe Landesregierung auf, von diesem Vorschlag der Gesetzesänderung abzurücken.



Allgemeiner Studierenden-Ausschuss der Universität mit Gesamthochschultradition Siegen

Anwesenheitspflicht geht an der Universität alle an. Wir fordern, dass sich Regierung, Dozierende und Studierende auf Augenhöhe begegnen und über Anwesenheit diskutieren anstatt über die Köpfe von Millionen Studierenden hinweg zu entscheiden.

Wir als Studierende wollen selbst Verantwortung für unser Studium übernehmen. Anwesenheitspflicht widerspricht einem selbstbestimmten Studium und ist nicht vereinbar mit den Lebenswirklichkeiten von Studierenden. Anwesenheitspflicht darf nicht mit der Ausführung von Nebenjobs und anderen Arbeits- und Veranstaltungszeiten kollidieren. Nur so kann wirklich jedem Studierenden ein herkunftsunabhängiges Studium gewährleistet werden.

Wenn der Gesetzesentwurf von Pfeiffer-Poensgen darauf abzielt, wenig besuchte Seminare zu füllen, dann ist das der falsche Weg. Wir fordern, dass die Lehre an der Universität offener gestaltet wird. Vorlesungen können studierendenfreundlicher gestaltet werden, indem sie online abrufbar sind und Seminare noch mehr zur Partizipation durch die Studierenden anregen.

Seit 2014 ist die Anwesenheitspflicht in Nordrhein-Westfalen abgeschafft. Da diese Regelung an unserer Universität aber nicht konsequent durchgesetzt wird, haben wir einen Anwesenheitsmelder eingerichtet. Dieser Anwesenheitsmelder soll in Zusammenarbeit mit den Fachschaftsräten die bislang illegalen Anwesenheitskontrollen überprüfen. Denn in vielen Lehrveranstaltungen reichen Dozierende trotz Gesetz Anwesenheitslisten herum. Wird eine Anwesenheitspflicht festgestellt, tritt der AStA mit den entsprechenden Dozierenden in Kontakt und fordert diese auf, sich an die vereinbarte Regelung zu halten.

Die Regierung soll uns die Möglichkeit aufzuzeigen, dass wir auch ohne gesetzliche Anwesenheitspflicht Interesse an Lehrveranstaltungen zeigen und eine Atmosphäre von gegenseitigem Vertrauen an der Universität schaffen. Wir fordern, dass die schwarz-gelbe Regierung den Gesetzesentwurf ablehnt. Wir werden uns weiterhin für ein gerechtes Studium einsetzen.